

26. ÖFFENTLICHE PLENARSITZUNG DES GEMEINDERATES AM 25. JULI 2006

Vorlage Nr. 761 ANTRAG

Zu TOP

17

A N T R A G

des Stadtrats Klaus Stapf und der Stadträtin Dr. Gisela Splett (GRÜNE)
sowie der
GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 27. Juni 2006

Kombilösung - Beendigung des oberirdischen Betriebs in der Kaiserstraße

Der Gemeinderat möge beschließen, die Stadt zu beauftragen, als
Gesellschafterin der KASIG sicherzustellen, dass bei der Verwirklichung
der
Kombilösung mit Inbetriebnahme des Tunnels in der Kaiserstraße der
oberirdische
Betrieb in der Kaiserstraße tatsächlich beendet wird.

Sachverhalt/Begründung:

Falls auf eine entsprechende Festlegung in der Planfeststellung
verzichtet
wird, wäre es möglich, dass zunächst der U-Bahn-Tunnel gebaut und nach
seiner
Fertigstellung die Trasse Kaiserstraße unter- und oberirdisch befahren
würde.
Sollte es dann - aus welchen Gründen auch immer - zu Verzögerungen beim
Umbau
der Kriegsstraße kommen, wäre auf nicht absehbare Zeit genau der Zustand
erreicht, der beim Bürgerentscheid 1996 von der Mehrheit der Bevölkerung
abgelehnt wurde.

Der Wunsch zum Umbau der Kriegsstraße und das Versprechen auf eine
straßenbahnfreie Kaiserstraße ("Flaniermeile") waren aber maßgebliche
Gründe
für die Zustimmung zur Kombilösung im Jahr 2002. Es muss deshalb jetzt
eindeutig geregelt werden, dass mit dem Bau des Tunnels in der
Kaiserstraße nur
begonnen wird, wenn sichergestellt ist, dass diese Ziele auch tatsächlich
erreicht werden.

Im Übrigen wurden die der Planfeststellung zugrunde liegenden Gutachten
unter
der Annahme erstellt, dass der Betrieb in der Kaiserstraße entweder ober-
oder
unterirdisch, jedoch nicht gleichzeitig oben und unten erfolgen würde.
Auch
deshalb halten wir die von uns beantragte Festlegung für dringend
geboten.

gez. Klaus Stapf
gez. Dr. Gisela Splett

Hauptamt - Sitzungsdienste -
14. Juli 2006

Stellungnahme: